



Thema: Österreichischer Alpenverein

Autor: Peter Nindler

## Land brüskiert Naturschützer

**Innsbruck** – Bei den Umweltorganisationen des Landes brodeln es. Denn auf die Kritik des Naturschutzbeirats, dass er zu wenig in die Ausarbeitung der neuen Seilbahngrundsätze eingebunden wurde, reagiert das Land jetzt mit einer klaren Abfuhr. Eigentlich hätte man die Untergruppe des Raumordnungsbeirats gar nicht einbinden müssen, heißt es. Und außerdem sei die Befassung des Naturschutzbeirats gar nicht vorgesehen. (pn)

# Land stellt Naturschutzbeirat Seilbahnsessel vor die Tür

Für das Land ist Einbindung des Beratergremiums bei Seilbahngrundsätzen gesetzlich nicht vorgesehen. Umweltorganisationen sind empört.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Zwischen dem Land Tirol und den Umweltorganisationen kracht es gehörig. „So kann man mit uns nicht umgehen“, kritisiert etwa Fritz Gurgiser vom Transitforum, der gemeinsam mit der Alpeninitiative CIPRA schon vor Wochen das neue Seilbahnprogramm kritisiert hat. „Jetzt wird wieder einmal deutlich, dass eine ganz normale Beteiligung Betroffener oder alpiner Verbände nicht gewünscht ist.“

Auslöser für Gurgisers Empörung ist die Antwort des Landes auf die Kritik des Naturschutzbeirats. Dieser hat die bisherige Einbindung des 16 Mitglieder umfassenden Gremiums in das Seilbahnprogramm als ungenügend bezeichnet. Er fordert eine breite Information sowie Befassung der Interessenvertreter, Fachleute und NGOs vor

der Begutachtung. Davon hält allerdings das Land nichts. Nicht nur nichts: Die Anregungen des Naturschutzbeirats werden sprichwörtlich vom Tisch gefegt.

In einem Schreiben vom 15. Oktober weist das Land (Abteilung Raumordnung) unmissverständlich darauf hin, dass die Untergruppe eigentlich erst nach Abschluss des Verfahrens zu hören wäre. „Die stattgefundenen Besprechungen der Untergruppe ‚Seilbahn und Skigebietsprogramm‘ war somit eine reine

‚Serviceveranstaltung‘, bei der versucht wurde, eine Vorinformation zu den bis dahin noch vagen Änderungsvorstellungen zu liefern“, wird dem Naturschutzbeirat ausgerichtet. Vielsagender Nachsatz: Im Zuge des Auflageverfahrens von sechs Wochen stehe es „jeder natürlichen oder juristischen Person frei Stellungnahmen abzugeben“. Außerdem sei

eine Befassung, „insbesondere in Form der Herbeiführung eines förmlichen Beschlusses des Naturschutzbeirates im Rahmen der Erlassung von

Raumordnungsprogrammen gesetzlich nicht vorgesehen“. Mit Ausnahme von solchen zum Schutz von Gletschern. Das sitzt und treibt den Umweltinitiativen jetzt die Zornesröte ins Gesicht.

„Wir sind doch nicht in Usbekistan oder Nordkorea zu Hause, sondern im Herzen der Alpen“, pocht Gurgiser auf eine umfassende Diskussion und Einbeziehung der NGOs. „Tirol ist derart eng erschlossen, dass es heute umso wichtiger ist, auch Ruhe und Erholungszonen für Mensch

und Natur festzuschreiben.“ Innerhalb der Endausbaugrenzen sollen deshalb Qualitätsverbesserungen möglich sein, außerhalb davon Tabuzonen zum „Schutz der Marke

**Thema:** Österreichischer Alpenverein

**Autor:** Peter Nindler

Tirol“. Und die Verkehrsfrage müsse unbedingt ein zentrales Kriterium bei der Errichtung von Seilbahnen sein.

Der Alpenverein verlangt ebenfalls eine Verlängerung des bestehenden Seilbahnprogramms, bis in einem umfassenden Beteiligungsprozess aller relevanten Interessensgruppen ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt wird.

Der Koalitionspartner der ÖVP, die Grünen, ist mit dem bisherigen Prozess ebenfalls nicht zufrieden. „Die Bürgerinnenbeteiligung in Tirol ist wirklich noch nicht dort, wo wir Grüne sie gerne hätten“, stellt Klubchef Gebi Mair fest. Wenn es um die Frage der Zerstörung von Naherholungsgebieten gehe, merke man das besonders intensiv. „Das alte Muster, möglichst lange mit verdeckten Karten zu spielen und dann die Bürger vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist noch zu weit verbreitet.“ Die Politik, regt Mair an, müsse sich insgesamt öffnen, „wenn wir Menschen in politische Entscheidungen einbinden wollen, statt sie frustriert zu Wutbürgern werden zu lassen“.

Den Verordnungsentwurf für die neuen Seilbahngrundsätze haben aber auch die Grünen abgesegnet.



**Die Tiroler Umweltorganisationen und der Alpenverein fordern Endausbaugrenzen für Skigebiete, auch am Pitztaler Gletscher.**

Foto: Böhm